



Bertin Eichler
Hauptkassierer der IG Metall

Nach-Denken über die Weimarer Republik
Forum Politische Bildung:
Novemberrevolution 1918 – Was Bleibt?
Bildungsstätte Pichelsee

Berlin, den 8.11.2008

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Stand: 10.11.2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Geschichte der Gewerkschaftsbewegung lernt man nicht in der Schule. Die Geschichte der Arbeiterbewegung habe ich erst als junger Gewerkschafter und frischgebackener Referent durch die Seminare der IG Metall kennen gelernt.

Das war für mich persönlich und meinen Werdegang wichtig und hat meinen eigenen Horizont wesentlich erweitert. Seitdem bewegt mich unsere Gewerkschaftsgeschichte.

Zu den Ereignissen, die mich immer stark beschäftigt haben, gehört die Entwicklung der Weimarer Republik.

Ich möchte an dieser Stelle etwas tun, was kein traditioneller Historiker tun würde. Ich möchte mir vor meinem inneren Auge vorstellen, was aus der Weimarer Republik hätte werden können, wenn es gelungen wäre, eine Einheitsfront gegen den Marsch der Nazis an die Macht zu organisieren.

Wie viel soziales Reformpotenzial, welcher kultureller Reichtum waren in dieser Zeit vorhanden!

An welche Entwicklungen hat man erst Jahrzehnte später anknüpfen können, z. B. in der Bildungspolitik.

Welche Entwicklungschancen hatte dieses Land!

1930 war Berlin der kulturelle Mittelpunkt Europas.

Hier feierte das moderne kritische Theater seine ersten Höhepunkte.

Hier lebte eine enorm kreative literarische Szene.

Das Bauhaus revolutionierte die Architektur.

Künstler wie Grosz, Heartfield und die Dadabewegung veränderten die Wahrnehmung und die Bilderwelten.

Richtungsweisende städtische Siedlungsprogramme wurden verwirklicht. Die intellektuellen Debatten wurden in der ganzen Welt verfolgt. Es existierte eine reiche Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft.

Aber auch die Unterhaltungswelt hatte internationalen Rang. Die Comedian Harmonists waren so etwas wie die Beatles ihrer Zeit, in Babelsberg wurden Filme gedreht, die Geschichte schrieben und allein in Berlin gab es 400 Kabaretts.

Dies alles war voller Leben und voller Dynamik. Berlin wäre sicher noch lange das geistige Zentrum Europas geblieben – und wie sah diese Stadt , und wie sah dieses Land 1945 aus?

Wenn wir uns mit der Weimarer Republik befassen, so ist dies immer auch ein Stück Trauerarbeit.

Trauerarbeit um die verspielten Chancen, um die großartigen Möglichkeiten, die in der Weimarer Republik steckten und die der Nationalsozialismus zunichte gemacht hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich will und kann hier nicht die Ergebnisse Eurer Diskussionen zusammenfassen. Ich möchte zum Abschluss nur einige persönliche Anmerkungen machen, die mir auf dem Herzen liegen.

Mit Geschichte wird Politik gemacht.

Sie ist ein Element des Kampfes um die Meinungsführerschaft in unserem Land. Deswegen dürfen wir nicht hinnehmen, dass die Geschichte der Arbeiterbewegung so weit aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt werden kann.

Wenn es um den Widerstand gegen die Nazis geht, tauchen in den Medien immer nur die Offiziere des 20. Juli 1944 auf.

Von den tausenden von Insassen in den KZ's, die zu 90 Prozent aus den Reihen der Arbeiterbewegung stammten, spricht kaum jemand.

Ähnlich ist es mit der Novemberrevolution. Der Anteil der Arbeiterbewegung an der Entstehung der ersten deutschen Demokratie wird kaum gewürdigt.

Tatsache ist doch, dass große Teile des Bürgertums der parlamentarischen Demokratie skeptisch oder ablehnend gegenüberstanden.

Nur durch das entschiedene Auftreten der Arbeiterbewegung kam es zu einer demokratischen Republik und einer Verfassung, die uns auch heute noch Respekt abnötigt.

Ohne das Eingreifen der Arbeiterbewegung hätte das Kaiserreich sicherlich in der einen oder anderen Form weiterhin bestanden.

Die erste deutsche Demokratie ist vor allem das Werk der Arbeiterbewegung gewesen!

Dies müssen wir wieder deutlicher ins öffentliche Bewusstsein tragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Meuterei in der Marine Anfang November 1918 löste eine Streik-Demonstrationswelle aus, die den Sturz der alten Gesellschaftsordnung zur Folge hatte.

An der Spitze dieser Demonstrationen und Streiks standen meist die Metallarbeiter und –arbeiterinnen aus der Rüstungsindustrie.

Organisiert wurden diese Bewegungen oft von Gewerkschaftsbasis – besonders bekannt ist das Beispiel der revolutionären Obleute in Berlin, die fast alle Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren.

Insofern ist die Geschichte der Novemberrevolution auch ein Stück Geschichte der IG Metall.

Es waren unsere Kolleginnen und Kollegen, die damals maßgeblich mit an der Schaffung der ersten Demokratie auf deutschem Boden beteiligt waren.

Das ist etwas, worauf wir stolz sein können und das sollten wir auch zeigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich einige Anmerkungen zu den Ereignissen um die Novemberrevolution selbst machen.

Demokratie braucht Menschen, die für sie eintreten, und sie braucht eine solide Machtbasis, auf die sie bauen kann.

In meinen Augen war der große Fehler der Novemberrevolution, dass sie sich diese Machtbasis nicht geschaffen hat.

Die taktischen Zugeständnisse von bürgerlichen Kreisen wurden für bare Münze genommen, obwohl sie nur aus Rücksicht auf die augenblickliche Stärke der Arbeiterbewegung gemacht wurden.

Man versuchte, die Anhänger der alten Gesellschaftsordnung damit zu beschwichtigen, dass man ihre Privilegien möglichst wenig antastete.

Das war naiv und politisch verhängnisvoll.

Die Rüstungsindustriellen waren auf die deutsche Weltmachtpolitik eingeschworen. Trotzdem wurden Stahl und Kohle nicht in die Hände der Belegschaften überführt.

Die Großgrundbesitzer im östlichen Teil Deutschlands waren eine elitäre Schicht, die jeden Wechsel erbittert bekämpfte – trotzdem wurde keine Bodenreform durchgeführt.

Die Staatsbeamten, besonders die Justiz, waren in ihrer Mehrheit monarchistisch gesonnen, trotzdem dauerte es lange, bis progressive Menschen in die Führungspositionen kamen

Der größte Fehler aber war es, den alten Militärapparat unangetastet zu lassen.

Es gab genügend junge Offiziere, die sich auf die Seite der Revolution geschlagen hatten. Mit ihnen hätte man ein neues, demokratisches Heer aufbauen können.

Aber man scheute die Machtprobe, das alte Offizierkorps blieb in Amt und Würden.

Bereits ein gutes Jahr später dann, im Kapp-Putsch, versuchten dieselben Offiziere dann die junge Republik zu stürzen.

Demokratie braucht kämpferische und auch machtbewusste Demokraten, die für soziale und machtpolitische Basis ihres Handelns sorgen.

Obwohl eine gewaltige Wirtschaftskrise durch den verlorenen Krieg vor der Tür stand, schuf sich der Weimarer Staat keine wirksamen Instrumente, um in das Wirtschaftsgeschehen eingreifen zu können.

Die Mitbestimmung war nur schwach ausgeprägt. Das Betriebsrätegesetz von 1920 enthielt wenig Rechte und fiel weit hinter das zurück, was viele Betriebsräte in den Großbetrieben für sich erkämpft hatten.

Ich will an dieser Stelle wieder gegen die Gesetze der Geschichtsschreibung verstoßen und meiner Phantasie freien Lauf lassen.

Ich frage mich: Wenn beide Flügel der Arbeiterbewegung sich zu einer kämpferischen Reformpolitik verbündet und diese Konstruktionsfehler der Weimarer Republik verhindert hätten, statt sich so erbittert zu bekämpfen – wäre damit nicht viel erreicht gewesen?

Wäre dann nicht auch die Spaltung weniger verbittert gewesen?

Ich weiß, Geschehenes kann man nicht mehr ändern, aber vielleicht lohnt es sich doch darüber nachzudenken, für die Zukunft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir über die Weimarer Republik reden, kommen wir um ihr Scheitern und um die Weltwirtschaftskrise nicht herum.

Heute werden oft das Jahr 1929 und die Weltwirtschaftskrise beschworen. Ich glaube nicht, dass wir uns in einer ähnlichen Situation befinden. Trotzdem lohnt es sich, die Weltwirtschaftskrise genauer anzusehen.

Vier entscheidende Fehler wurden damals gemacht, die die Krise wesentlich verschärft haben:

Erstens:

Das Finanzwesen wurde nicht hinreichend mit öffentlichen Mitteln gestützt, da brauchen wir uns keine Sorgen machen, da geschieht heute eher zuviel des Guten.

Aber auch hier hätte die Regierung einen Schritt weiter gehen müssen, mit einer entsprechenden Beteiligung beim Eigenkapital und der Kontrolle der Banken.

Zweitens:

Die einzelnen Länder schotteten sich durch hohe Zollmauern gegeneinander ab, jeder versuchte seine eigene Haut zu retten. Dies ist im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr so einfach möglich, aber wir werden sehen, ob sich solche Tendenzen herausbilden.

Drittens:

Beschäftigungsprogramme wurden viel zu spät auf den Weg gebracht. Gerade die deutsche Regierung weigert sich, die nötigen Kredite aufzunehmen und die Projekte auf den Weg zu bringen. Die Pläne lagen fertig in der Schublade und kamen dann den Nazis zugute.

Wir haben alle mitbekommen, wie die Diskussionen hier in den letzten Tagen in der Presse und in der Politik gelaufen sind. Die Ökonomen sind sich eigentlich einig. Wenn diese Programme wirken sollen, müssen sie kräftig genug sein. Die Bundesregierung hat aber zur Schonung der Finanzen und bereits mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl mal wieder kleine Brötchen gebacken. Da wird von punktgenauen, nachhaltigen und entschlossenen Investitionen gesprochen.

Nur jeder weiß, dass nicht die Abschreibungen für Investitionen entscheidend sind, sondern die zukünftige Nachfrage. Anstatt großzügig die aktuelle Lage zu nutzen, die öffentlichen Investitionen, beispielsweise in Bildung ökologische Erneuerung und Infrastruktur, hochzufahren, werden Maßnahmen getroffen, die wohl kaum Wirkung zeigen werden. Sie machen eher den Eindruck von vorübergehenden Alibimaßnahmen, die in einer Geschenkverpackung für die Wirtschaft stecken.

Viertens:

Der verhängnisvollste Fehler in der Weltwirtschaftskrise waren die Lohnkürzungen. Durch die Senkung der Löhne wurde eine Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Geringere Löhne bedeuteten weniger Konsum und weniger Steuern, also auch weniger öffentliche Ausgaben. Im nächsten Schritt wurden dann wieder die Löhne gekürzt mit den gleichen Folgen. Bis man bei 6 Millionen Arbeitslosen war.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir dürfen nie wieder in einen solchen Abwärtsstrudel geraten.
Das können wir aus der Geschichte lernen!

Die Arbeitsgeber wollen uns in der jetzigen Tarifrunde in eine solche Situation bringen.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise, bei einer abflauenden Konjunktur und bei sinkenden Exportaussichten brauchen wir eine Stärkung der Binnenkaufkraft, brauchen wir höhere Reallöhne.

Die Metall- und Elektroindustrie hat phantastisch verdient in den letzten Jahren, sie hatte die höchste Umsatzrendite seit den sechziger Jahren und ist auch heute in den meisten Fällen gut aufgestellt.

Sie kann zahlen – und das möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen liebe Kolleginnen und Kollegen –
es ist auch ihre gesellschaftliche Verantwortung in dieser Situation.

Nicht nur die Investmentbanker, auch viele Unternehmer haben sich in den letzten Jahren aus dieser gesellschaftlichen Verantwortung verabschiedet.

Das werden und können wir nicht hinnehmen. Und wenn Argumente nicht reichen, müssen wir eben den nötigen Druck entfalten. Demokratie braucht kämpferische Demokraten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich denke, gerade eine solche Tagung trägt dazu bei, dass wir uns der historischen Bedeutung unserer Arbeit bewusst werden und unserer politischen Verantwortung, gerade in der jetzigen Tarifrunde.

Ich glaube, sie hat Euch auch etwas Kraft und Entschlossenheit gegeben für die Auseinandersetzungen, die jetzt auf uns zukommen.

Ich danke Euch !